

## **Bürgerfragestunde Ortsbeiratssitzung am 21. Januar 2016**

Im Bürgerinformationssystem der Stadt Mainz findet der interessierte Bürger auch die Einladungen und die Tagesordnungen zu den Ortsbeiratssitzungen.

Bis vor einigen Monaten konnte der Bürger auf der Tagesordnung die einzelnen Anträge und Anfrage der verschiedenen Fraktionen näher betrachten, da diese als PDF hinterlegt waren und geöffnet werden konnten. Beim Lesen des Antrages/der Anfrage erklärte sich so automatisch auch manch kryptische Bezeichnung eines Tagesordnungspunktes.

Darüber hinaus war es möglich zumindest einen Teil der Sachstandsberichte einzusehen, da auch diese – sofern rechtzeitig vorliegend und nicht zu umfangreich – ebenfalls als PDF eingestellt waren.

Jeder Bürger hatte also die Möglichkeit seinen Besuch der öffentlichen Ortsbeiratssitzung entsprechen vorzubereiten und sich zu informieren.

Diese Informationsleistung des Bürgers wurde gestrichen. PDF's werden nicht mehr veröffentlicht. Auch bei der nach der Ortsbeiratssitzung eingestellten Niederschrift, kann der Bürger nichts über Inhalte der Anträge/Anfragen und der Sachstände lesen.

Meine Frage an die Verwaltung:

- 1. Warum wurde die Informationsmöglichkeit des Bürgers vor und nach einer Ortsbeiratssitzung derart eingeschränkt, bzw. in wesentlichen Punkten gestrichen bzw. aufgehoben?**
- 2. Wie gedenkt die Stadt Mainz Ihrer Verpflichtung zur Information (nach dem Transparenzgesetz) gerecht zu werden?**

*Das Transparenzgesetz (verabschiedet am 15. Nov. 2015) ist die Grundlage dafür, dass die Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz den Anspruch auf Informationszugang ohne Voraussetzungen und unkompliziert umsetzen können. Die Landesregierung will damit politische Entscheidungen nachvollziehbarer machen und demokratische Meinungsbildung fördern. Je mehr Informationen die Bürger und Bürgerinnen haben, desto bessere Möglichkeiten zum Mitreden und Mitgestalten gibt es. Zugleich wird sich das Verhältnis zwischen Bürgern und Verwaltung dadurch deutlich ändern. Denn mit diesem Gesetz werden Transparenz und Offenheit zu Leitlinien für das Handeln der Verwaltung.*